

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1405

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1405



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Freiheit und Vielfalt statt alternativlosem Zentralismus



MICHAEL VON PROLLIUS* • Juni 2010

Die liberalen Gründerväter und Patenonkel eines vereinigten Nachkriegseuropa hegten prinzipielle Skepsis gegenüber privater und staatlicher Macht, gegenüber Zentralisierung, Bürokratisierung, Hierarchisierung und Harmonisierung – allen voran der meist gelesene Publizist seiner Zeit, bedeutende zeitgenössische Ökonom und grosse europäische Intellektuelle: Wilhelm Röpke. Sie traten ein für Freiheit, für Privateigentum und die Herrschaft des Rechts, für eine natürliche Schichtung der Gesellschaft und überschaubare Lebensverhältnisse, für den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren und als geniales Entmachtungsinstrument. Sie wussten um die Gefahr, dass statt Weisheit der gerade populäre, herrschende Irrtum zentralisiert und bürokratisch umgesetzt wird. Hingegen erschien es ihnen wenig wahrscheinlich, dass ausgerechnet die Besten, Vernünftigsten, Unabhängigsten und tatsächlich dem Gemeinwohl verpflichteten Menschen in der Zentrale sitzen. Vor diesem Hintergrund ist Skepsis gegenüber den jeweils vorherrschenden Ansichten angebracht.

Europa ist Vielfalt

„Es bleibt der Hang, vor jedem auftauchenden Problem in die behördliche Regelung zu flüchten – in Europa in der besonders absurden Form, für ein auf nationaler Stufe sich als unlösbar erweisendes Problem die Lösung auf internationaler Stufe von supranationalen Behörden zu erwarten – und hinter der Fassade der Marktwirtschaft die Entwicklung zur bürokratischen Erstarrung und zur Allmacht des Staates bewusst oder unbewusst weiter voranzutreiben. Es bleibt die Neigung, dem Staat im Namen der wirtschaftlich-sozialen Sicherheit immer neue Aufgaben zuzuweisen und damit dem Steuerzahler immer neue Ausgaben aufzubürden.“ urteilte Wilhelm Röpke in seinem vielleicht bekanntesten Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ 1958. Und 1964 warnte er in einem Brief an den ehemaligen Bundesfinanzminister Heinz Starke vor einem mythologischen Element der Europabegeisterung: „Was mich am meisten beunruhigt, ist das mythologische Element der EWG-Begeisterung und der offenbaren Unfähigkeit der meisten, das Pro und Kontra auch nur nüchtern zu diskutieren. Das Überwiegen dieses mythologischen Elements ist deshalb so offenbar, weil es meiner langen nationalökonomischen Erfahrung selten eine Veranstaltung gegeben hat, die so sehr die Merkmale des Absurden auf der Stirn trägt.“

* Der Autor ist Ökonom und Mitbegründer von Forum Ordnungspolitik.

Wilhelm Röpke war ein Berater Adenauers, ein Mitstreiter Ludwig Erhards und ein Studienfreund des ersten Innenminister Gustav Heinemann. Wenn es einen Publizisten gibt, auf den die „geistige Vaterschaft“ der jungen deutschen Bundesrepublik zurückgeht, dann ist es Wilhelm Röpke, der als einer der ersten für die Trias Marktwirtschaft, Föderalismus und Westbindung eintrat.

Europa Kulturgeschichte reicht rund 3.000 Jahre zurück und wurzelt im alten Orient. Von den Griechen stammt die Idee der Freiheit und Gleichheit der Bürger unter dem Recht, von den Römern das Privatrecht gemeinsam mit der Vorstellung einer individuellen, unabhängigen Person und dem Schutz des Privateigentums. Seit den demokratischen Reformen und Revolutionen vom 17. bis zum 19. Jahrhundert unterscheiden sich Europa und der Westen insgesamt durch das Streben nach einer spontanen Ordnung der Vielfalt und Freiheit von anderen Teilen der Welt. Im Mittelpunkt steht die Marktwirtschaft. Europa hat den Aufstieg und Fall grosser Reiche überstanden, Pest und Hunnensturm genauso überlebt wie den Dreissigjährigen Krieg, zwei Weltkriege und den Kalten Krieg, ferner Glaubensspaltung und Glaubenskriege. Europa ist vor allem Vielfalt, Vielfalt der Kulturen, Sprachen, Mentalitäten, Lebens- und Wirtschaftsweisen. Ist die EU wirklich Europa? Würde ein Scheitern der EU tatsächlich das Ende Europas bedeuten?

Das vereinte Europa ist von seinen Gründungsvätern Konrad Adenauer, Robert Schumann, Jean Monnet, Altiero Spinelli, Alcide De Gasperi und anderen als Hort der Freiheit gegen alle Formen von Diktatur, Unfreiheit und Planwirtschaft erträumt worden, wie Frank Schäffler anlässlich seiner Ablehnung des sogenannten „Euro-Stabilitätsgesetzes“ betonte. Adenauer sprach im Juni 1961 davon, dass wir ein „Haus der Freiheit“ bauen müssen, damit „die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit“ verschwinden. „Unser Ziel ist, dass Europa einmal ein grosses, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit“. Ludwig Erhard brachte die politische Integration Europas auf die Formel: „Verwirklichung der Freiheit in allen Lebensbereichen“.

Der Euro: ein politisches Projekt

Eine Gemeinschaftswährung hat Vorteile. Dazu gehören nicht zuletzt niedrige Transaktionskosten und die Abwesenheit von Wechselkursrisiken. Beim Einkauf von in Euro ausgezeichneten Produkten, etwa im Urlaub, wird das für jedermann deutlich. Unverzichtbare Voraussetzung für die einzige in der Euro-Zone noch gesetzlich zugelassene Währung ist eine beständige Kaufkraft. Allerdings besitzt der Euro bereits nach nur zehn Jahren Existenz längst nicht mehr seine ursprüngliche Kaufkraft.

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es faktisch bereits eine einheitliche europäische, ja sogar universelle Währung: die Goldwährung. Zwei wesentliche Folgen waren damit verbunden, nämlich eine stabile Kaufkraft über 150 Jahre hinweg sowie eine natürliche Schuldenbremse für die Regierungen. Ein wesentlicher Unterschied

zwischen Goldwährung und Euro besteht darin, dass der Euro nicht durch Sachwerte gedeckt ist und beliebig auf Knopfdruck vermehrt werden kann – was im übrigen auch geschieht.

Für eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik benötigen wir keine Einheitswährung. Das belegen der Erfolg Westeuropas im Kalten Krieg bei divergieren Geld-, Währungs- und Wirtschaftspolitiken. Wer glaubt ernsthaft, dass die derzeit vielfach kritisierte mangelnde Stabilität des Euro von sogenannten Spekulanten verursacht wird? Wer kann die Widersprüche zwischen einem politischen Wahrungsprojekt und der ökonomischen Realität übersehen?

Der Euro wurde gegen erhebliche fachliche Widerstände eingeführt; er ist weniger ein ökonomisches als vielmehr ein politisches Projekt. Der Euro sollte einer als unzureichend angesehenen politischen Einheit Impulse verleihen. Die Wahrungunion sollte Symbol und Triebkraft eines zentralistischen Europas sein.

Demgegenüber befürchteten Kritiker einen starken politischen Einfluss auf die Einheitswährung. Ausserdem erkannten sie, dass die strukturell unterschiedlichen Wirtschaftsräume, zumal mit Schwach- und Starkwahrungslandern, zu beträchtlichen Spannungen und schliesslich zu Transferzahlungen führen würden: „Zur Zeit gibt es daher kein ökonomisch zwingendes Argument dafür, von oben eine monetäre Einheit auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa zu stülpen,“ urteilten führende deutsche Wirtschaftswissenschaftler in einem Memorandum zur Wahrungunion bereits am 11. Juni 1992.

Die Kritiker haben Recht behalten: Die Märkte haben zuerst am Beispiel Griechenlands die ökonomischen Spannungen offen gelegt. Die gerade im Hinblick auf das europäische Modell kontraproduktiven Transferzahlungen sind für geborene und ungeborene Steuerzahler immens. Darüber hinaus bleibt das Wirtschaftswachstum der Euro-Zone hinter der Zeit vor der Einführung des neuen Zahlungsmittels zurück.

Der politische Einfluss auf die Geldpolitik ist so gross wie nie zuvor. Schon bei den Konvergenzkriterien für die Aufnahme wurden wie prognostiziert beide Augen zuge drückt, die Kriterien hielt anschliessend kaum ein Staat dauerhaft ein. Auch gegen die sogenannte „No-Bailout-Klausel“ (Artikel 125 „Lissabon Vertrag“) wurde verstossen, der zufolge keine Regierung für die Verbindlichkeiten einer anderen Regierung haften darf. Genau das aber geschieht im Fall Griechenland. Mit dem sogenannten Rettungsschirm – im Ausmass einer Dreiviertel-Billionen Euro – löst eine Transfer- und Haftungsgemeinschaft die Stabilitatgemeinschaft ab. Schliesslich darf die EZB von den Mitgliedsstaaten keine Schuldtitel erwerben (Artikel 123 „Lissabon Vertrag“) – tatsächlich nimmt die EZB sogenannte „Ramschpapiere“ als Sicherheiten an, sie leiht den Geschäftsbanken massenweise Geld und finanziert Regierungsausgaben. Als erste kauften die Notenbanken von Deutschland, Frankreich und Italien Staatsanleihen zunächst von Griechenland, Portugal und Irland. Das ist das Ende der proklamierten stabilitatsorientierten

Geldpolitik. Aus welchem Grund soll der praktizierte dreifache Rechtsbruch „alternativlos“ sein? Hat in Europa ein schleicher Wechsel der Wirtschaftsverfassung stattgefunden?

Europa ist nicht Zentralismus

Europa und der Euro stehen am Scheideweg: Vertiefung und Vereinheitlichung, Weichwährung und ein bürgerfernes Brüssel-Europa oder aber alternativ eine echte Haushaltssanierung, Strukturreformen, politische Selbstbeschränkung, Prinzipientreue und Rückbesinnung auf die eigenen historischen Stärken. „Die Versuchung des Zentralismus ist gross, und die Halbwertszeit seines Zerfalls dauert lange“, konstatierte der Humanist Robert Nef mit Blick auf kurzfristige Vorteile und gravierende langfristige Nachteile des Strebens nach Vereinheitlichung und Machtkonzentration.

Hat Wohlstand tatsächlich etwas mit der Grösse eines Staates zu tun? Warum blühte die Kultur stets in Klein- und Kleinststaaten, wie etwa das antike Athen, das mittelalterliche Florenz und das Weimar der Goethezeit so eindrucksvoll beweisen?

Benötigt Europa heute nicht dringender als zuvor eine lebendige Selbstverwaltung, einen Aufbau von unten nach oben? Nonzentralismus lautet das Stichwort, das Robert Nef geprägt hat: „Non-Zentralität, Vielfalt, Durchmischung, Konkurrenz, flexible Kooperation, Überschaubarkeit statt Übersichtlichkeit, Deregulierung statt Harmonisierung, charakterisieren die lernfähigen, adaptionsfähigen politischen Systeme der Zukunft.“

Brauchen wir ein europäisches Steuerkartell oder einen Steuerwettbewerb zum Wohl der Bürger? Wovon profitieren die Menschen in Europa: von der Produktivität eines Wettbewerbs der Systeme, auch in Währungsbelangen, oder von einer zentral gesteuerten Gleichmacherei?

Die Flucht in den Zentralismus war bisher häufig der Versuch, politischen Misserfolg zu kaschieren, statt beim Scheitern das Thema an die darunter liegende Ebene zurück zu verweisen. „Wenn der Gemeinsame Markt zu einem europäischen Saint-Simonismus, zu einer europäischen Herrschaft des Apparats, zu einem europäischen Dirigismus grossen Stils werden sollte, dann ist ein solcher europäischer Dirigismus nicht besser als ein nationaler, ja weit schlimmer, weil er ungehemmter, unentrinnbarer und umfassender sein würde,“ urteilte Wilhelm Röpke.

Die aktuellen Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung in Europa könnten der Auftakt zu echten Ausgabensenkungen und echten Reformen mit mehr Privatautonomie sein. Schliesslich passen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen bei den Staatshaushalten seit Jahrzehnten nicht zusammen. Unsere Gründerväter hielten eine Staatsquote von mehr als 30% für gefährlich (zur Zeit strebt sie in Deutschland auf 50% und der Schweiz auf 40% zu). Also: Vorrang des Einzelnen,

eingebunden in seine Gemeinschaft, statt Euro-Nationalismus. Small is beautiful!
Europa sollte zum menschlichen Mass zurückkehren.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Seefeldstrasse 24
8008 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im
Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle
Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind
Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die
Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht
notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des
Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2010, Liberales Institut.